

PB Nr. 10 / NU

Warschau, Mitte Oktober 1975

R é s u m é

RR
 29/x

Nach hiesiger Auffassung kann die in Helsinki zustande gekommene deutsch-polnische Einigung als das erste konkrete Resultat der KSZE-Schlusskonferenz betrachtet werden.

Was die Zukunft betrifft, so geht man davon aus, dass Helsinki dem Land zusätzliche Entfaltungsmöglichkeiten, vor allem bezüglich der wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen, eröffnen kann. Die Mitwirkung des Westens ist im Zusammenhang mit der dringend gewordenen Modernisierung der Industrie ausserordentlich wichtig. Sie fand bereits ihren Ausdruck in den Krediten, welche u.a. die USA, Frankreich und Grossbritannien gewährt haben; neuerdings liegt nun auch ein solcher der BRD vor. Die guten Beziehungen zum Westen werden propagandistisch ausgewertet in der Hoffnung, den Missmut einer Bevölkerung, die die mangelnde Lebensmittelversorgung kritisiert, zu dämpfen.

Der seit jeher gepflegte Gedankenaustausch mit dem Westen soll mit dazu beitragen, das Selbstbewusstsein der Polen zu heben und zu beweisen, dass Polen auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet imstande ist, mitzureden. Dazu gehören z.B. die Kontakte des Instituts für internationale Angelegenheiten mit dem Genfer Institut.

Die Tatsache, dass Moskau zur Zeit gewisse Unsicherheiten in der Beurteilung der KSZE-Schlussakte zeigt, erlaubt es Polen, innerhalb der dem Land gesteckten Grenzen eigene Ziele zu verfolgen.

an		c/a
Datum		29. DEZ. 1975 B
Von		PK
EPD		29. DEZ. 1975 B
Ref. p.A. 21.31. <i>Warschau</i>		



NU/kü



Warschau, Mitte Oktober 1975

PB Nr. 10

Polen post Helsinki

Aussenministerium, Diplomaten, Journalisten

1. Die KSZE hat an den grundlegenden, für das Land massgebenden aussenpolitischen Gegebenheiten nichts geändert.

Die Westverlagerung des Landes nach dem II. Weltkrieg hat Polen zu einer homogenen Nation ohne Minderheitenprobleme gemacht und ihr wichtige Seehäfen sowie Schlesiens, eine "kleine Ruhr", eingebracht. Auch für jedes andere als das gegenwärtige Regime wäre die Tatsache zu berücksichtigen, dass allein die UdSSR den Status quo wirksam zu garantieren vermag. Aus Gründen der Staatsräson muss also Polen danach trachten, zur UdSSR gute Beziehungen zu unterhalten. Im Fall mangelnden polnischen Wohlverhaltens verfügt die UdSSR über militärische, politische und wirtschaftliche Druckmittel; sie können um so wirksamer eingesetzt werden, als die beiden Länder eine lange gemeinsame Grenze haben und die übrigen Nachbarn Polens, die Tschechoslowakei und die DDR, Länder mit sehr starken sowjetischen Truppenkontingenten sind.

Demgegenüber verleihen die strategisch wichtige Lage und die Bevölkerungszahl - 34 Millionen - Polen ein gewisses politisches Eigengewicht und zwar um so mehr, als das Land im Laufe der letzten Jahrhunderte ein starkes und waches, noch immer ungebrochenes Nationalbewusstsein zu entwickeln vermochte. Hierfür liegen mehrere Beispiele vor:

- Man hat es in Polen nicht gewagt, die Landwirtschaft generell zu kollektivieren (gut 3/4 der landwirtschaftlichen Nutzfläche befinden sich noch in privaten Händen);
- Nach wie vor ist die Stellung der Kirche sehr stark; sie darf es sich erlauben, das Regime, wenn nicht generell, so doch in wichtigen Einzelpunkten - vor kurzem betreffend den "Kulturterror der Massenmedien" - zu kritisieren;
- Die Dezemberaufstände des Jahres 1970 sind in der Partei und im Volk unvergessen und zeigten, dass jedenfalls in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht gewisse Toleranzmargen nicht überschritten werden dürfen;
- In Polen ist die Ueberzeugung, kulturell und geschichtlich zum Westen zu gehören, tief verwurzelt; die Behörden haben diesem Umstand durch eine relativ liberale Auslandsreisep Praxis, die Zulassung eines intensiven Kulturaustausches mit dem Westen, usw. immer Rechnung tragen müssen.

Verglichen mit den anderen Ostblockstaaten hat das Mass an individueller Freiheit, das dem Einzelnen eingeräumt wird, in Polen einen hohen Grad erreicht. Der dafür bezahlte Preis besteht in einer sehr engen Anlehnung an die sowjetische Aussenpolitik.

2. Neben diesen grundlegenden Gegebenheiten beeinflussen weitere Faktoren den aussenpolitischen Entscheidungsprozess:

- Die wirtschaftlich-soziale Lage. Gomulka hat versucht, das Land aus eigener Kraft zu industrialisieren. Bekanntlich hat sich besonders die Arbeiterschaft geweigert, dieses mit drückenden Lasten verbundene Rezept zu befolgen. Wenn Gierak die gleiche Aufgabe - Modernisierung der Wirtschaft und Sicherstellung eines innenpolitisch annehmbaren individuellen Lebensstandards - mit mehr Erfolg als sein Vorgänger anpacken will, so kann er auf die Hilfe der

westlichen Industrieländer nicht verzichten. Um diese Erkenntnis kommt, wie mir der Finanzminister indirekt bestätigte, auch die sowjetische Vormacht nicht herum. Der Anteil des Westens am gesamten polnischen Aussenhandel hat denn auch schon 50 % erreicht. - Gleichzeitig versucht aber die UdSSR, u.a. mit Hilfe des COMECON, die polnische Wirtschaft besser im eigenen Hegemonialbereich zu verankern. Als Mittel werden die Koordinierung der Wirtschaftspläne sowie grössere und kleinere industrielle Zusammenarbeitsprojekte eingesetzt. Die Abhängigkeit Polens vom Erdöl kommt der UdSSR ebenfalls zustatten. Kossygin's Aufenthalt in Polen, Mitte August, muss vor allem mit diesen Problemen in Zusammenhang gebracht werden. Eine wichtige Rolle spielt die DDR, nunmehr der zweite COMECON-Wirtschaftspartner Polens nach der UdSSR und im Rahmen dieser Organisation fast unersetzlicher Lieferant industrieller Investitionsgüter.

- Die Partei ist nicht frei von internen Auseinandersetzungen. Den mehr nach Moskau ausgerichteten Ideologen, welche die ansteckende Wirkung eines Sozialdemokratismus westlicher Prägung und damit eine Oeffnung nach Westen fürchten, stehen die Anhänger einer pragmatischeren Politik gegenüber. Letztere werden vor allem von der Verwaltung unterstützt, welche die gewaltigen Probleme zu bewältigen hat, die die Modernisierung einer noch relativ rückständigen Gesellschaft täglich stellen. Der Parteichef hat beiden Tendenzen Rechnung zu tragen. Wenn Gierak durch die sicher eindrückliche Intensivierung seiner eigenen Kontakte mit westlichen Staatsmännern (Giscard d'Estaing, Palme, Ford, usw.) seine Bereitschaft, enger mit dem Westen zusammenzuarbeiten, unter Beweis gestellt hat, so ist doch nicht zu übersehen, dass er es nie unterlassen hat, sich immer wieder nach Moskau hin abzusichern. Sein letztes Treffen mit Breschnev in Moskau, unmittelbar nach dem Besuch Giscard d'Estaings in Polen, datiert von Ende Juni. - Auch

in diesem Punkt zeigt sich, wie eng der aussenpolitische Spielraum des Landes ist und bleibt.

- Die Bedeutung der internationalen Lage hat sich in Helsinki bezüglich des Verhältnisses zur BRD gezeigt. Das Deutschlandproblem beschäftigt - ob zu Recht oder Unrecht, bleibe dahingestellt - immer noch die polnischen Gemüter und die polnische Politik; Erklärungen wie diejenige Kohls in Moskau über die (geschichtliche) Unvermeidbarkeit der Wiedervereinigung oder die Haltung der CDU/CSU zu den Ostverträgen sind nicht dazu angetan, beruhigend zu wirken. Trotzdem erscheint unter den gegenwärtigen Umständen der ganze Problemkomplex in einem anderen Licht, als wenn eine Konfrontationssituation vorherrschen würde. Nach übereinstimmender Auffassung vieler hiesiger Beobachter habe bei den kürzlichen polnisch-westdeutschen Vereinbarungen "der Geist von Helsinki" denn auch eine wichtige Rolle gespielt und sozusagen als Katalysator gewirkt. Grundsätzlich beseitigen diese Abkommen, falls sich keine neuen Schwierigkeiten einstellen, das letzte wesentliche Hindernis, welches das Verhältnis Polens zum Westen noch belastete. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass die BRD hier als sehr wichtiger politischer Partner eingeschätzt wird; die Parteizeitung "Trybuna Ludu" bezeichnete kürzlich Bundeskanzler Schmidt als "co-author of the atlantic policy". - Was andere westliche Industriestaaten betrifft, so hat Helsinki die "musterhaften" Beziehungen zu Frankreich quasi legalisiert und den Weg für weitere politische Zusammenarbeitsverträge und -erklärungen geebnet.

3. Sollte nun - um in die Zukunft zu blicken - Helsinki dazu beitragen, die Entspannung in den zwischenstaatlichen europäischen Beziehungen weiter zu fördern, so würden sich für Polen die Aussichten auf zusätzlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bewegungsspielraum zweifelsohne noch verbessern.

Wie vor allem im Aussenministerium unterstrichen wird, erhofft sich Polen Fortschritte auf dem Wege der Abrüstung, was eine Verminderung der drückenden Verteidigungslasten bedeuten würde. Der bestehenden Schwierigkeiten ist man sich bewusst, nachdem es jetzt nicht mehr nur wie früher um die Frage der Parität, sondern darum gehe, eine **R e d u k t i o n** der Rüstungen zu vereinbaren.

Symptomatisch im Zusammenhang mit der neuesten internationalen Entwicklung ist die Feststellung, dass in Polen das Interesse für die Blockfreien zunimmt. Die polnische Presseagentur hatte einen Sonderkorrespondenten an die Konferenz von Lima geschickt und der ständige PAP-Korrespondent in Belgrad berichtete regelmässig über diese Konferenz in jugoslawischer Sicht.

Besonders wichtig unter den jetzigen innenpolitischen Umständen sind die wirtschaftlichen Perspektiven, welche der Abschluss der KSZE eröffnen kann. Die Hilfe des Westens ist, wie bereits erwähnt, für eine rasche Modernisierung der polnischen Wirtschaft - Industrie, Landwirtschaft, Bergbau, Verkehrswesen, Management - unumgänglich notwendig. Zu den grossen Krediten, welche die USA, Frankreich und Grossbritannien bereits eröffneten, kommt als Folge der deutsch-polnischen Vereinbarungen nun ein solcher der BRD hinzu. Man erhofft sich auch eine intensivierete wissenschaftlich-technische und industrielle Zusammenarbeit. Das alles wird mit viel propagandistischem Aufwand bei jeder Gelegenheit unterstrichen in der Erwartung, damit den Missmut einer Oeffentlichkeit zu dämpfen, die nicht bereit ist, die immer noch bestehenden Missstände und Fehlleistungen, vor allem bei der Nahrungsmittelversorgung und beim Wohnungsbau, einfach hinzunehmen.

Der geistig ausserordentlich wachen polnischen Elite bedeutet der kulturelle und wissenschaftliche Kontakt mit den intellektuellen und künstlerischen Weltzentren sehr viel. Cum grano salis liesse sich sagen, dem Gebildeten sei die geistige Freiheit ungefähr so wichtig wie dem Arbeiter ein tägliches ordentliches Essen. Dabei sieht man den Verkehr mit dem Ausland nicht als Einbahnstrasse. Der Pole ist sehr stolz auf die nationalen Kulturleistungen und betrachtet sie als einen wesentlichen Beitrag zur bisherigen und zukünftigen Entfaltung des Menschen; er will nicht nur nehmen, er will auch geben. In dieser Hinsicht hat Helsinki das polnische Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen eindeutig gestärkt. Man findet sich in seiner grundlegenden, aufgeschlossenen Haltung bestätigt; man hat den Beweis - was die Zeitungen in offenbar richtiger Einschätzung des Nationalcharakters oft wiederholen - dass Polen in der Welt wieder eine Rolle spielt. Auch das gehört zu Helsinki, der Versuch nämlich, den hier angesprochenen polnischen Nationalstolz in den Dienst der Politik zu spannen.

Die verschiedentlich erwähnte Aufgeschlossenheit im kulturellen Bereich findet neuerdings einen Ausdruck darin, dass das polnische Institut für internationale Angelegenheiten - das mit dem Aussenministerium und der Auslandsabteilung des Zentralkomitees der Partei engen Kontakt pflegt - beabsichtigt, zusammen mit dem Genfer Institut Professor Freymonds u.a. in Warschau Symposien über Korb III der KSZE-Schlussakte abzuhalten.

Wie aus Vorstehendem hervorgeht, zeigen sich polnische Gesprächspartner recht optimistisch bezüglich der Möglichkeiten, die Helsinki dem Land eröffnet. Dies mag zum Teil daran liegen, dass wohl für jedes im sowjetischen

Hegemonialbereich gelegene Land ein direkter Zusammenhang besteht zwischen dem Mass an aussenpolitischer Freiheit und der Intensität internationaler Spannungen. Polen ist an der Zunahme solcher Spannungen nicht interessiert und hat die Neigung, Helsinki aus dieser Sicht heraus zu interpretieren. (Diese Feststellung gilt nicht unbedingt für den ideologisch ausgerichteten, moskautreuen Parteiflügel; man darf aber annehmen, dass die heutige Führungsspitze in Partei und Regierung den Unabhängigkeitsdrang der Nation nicht mehr ganz übersehen kann und gezwungen ist, diesem Faktor im Rahmen des aussenpolitischen Bewegungsspielraumes vermehrt Rechnung zu tragen; in die gleiche Richtung deutet die Tatsache, dass die polnischen Kommunisten, welche sich anfangs noch aktiv für die baldige Einberufung einer Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien eingesetzt hatten, in der letzten Zeit diesem Projekt gegenüber sehr viel mehr Zurückhaltung zeigen.) Bezüglich der gegenüber Helsinki eingenommenen Haltung dürfte ferner hinzukommen, dass Moskau, wie viele Beobachter hier denken, eine gewisse Unsicherheit in der Beurteilung der KSZE-Resultate, speziell betreffend Korb III, an den Tag legt. Mangels strikter sowjetischer Richtlinien wird somit eine Politik verfolgt, die, ohne das Verhältnis zur UdSSR zu belasten, vor allem die polnischen Interessen fördert.

An der grundsätzlichen aussenpolitischen Linie hat sich jedenfalls nichts geändert: In seiner Rede zur Eröffnung der UN-Generalversammlung unterstützte der polnische Aussenminister wie eh und je die sowjetischen Thesen. In den Zeitungen wurde Strauss im Zusammenhang mit seiner Chinareise arg angegriffen. Im Aussenministerium befürwortete man mir gegenüber die sowjetische Idee eines europäischen Paktes über kollektive Sicherheit; das Institut für internationale Angelegenheiten hat sich im gleichen Sinn ausgesprochen. Die "Feinde der europäischen Sicherheit,

welche die Resultate der KSZE zunichte machen wollen", werden in Zeitungen und Reden ständig aufs Korn genommen.

Auch innenpolitische Verhärtungserscheinungen sind zu verzeichnen. Man scheut die mit Helsinki verbundenen Infektionsgefahren und strafft die ideologischen Zügel, dies aber in einer Weise, die für die polnische Öffentlichkeit tragbar bleiben und den Westen nicht vor den Kopf stossen soll: Eine Intensivierung der ideologischen Schulung in den höheren Lehranstalten und eine Verstärkung und Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit der Partei seien angeordnet worden. Die Auslandsreisen von Journalisten werden einem strikteren Genehmigungsverfahren unterstellt. Durch verschiedene Massnahmen sollen die Zentralbehörden die Regional- und Lokalpresse besser in den Griff bekommen usw.

Wir haben also eine sehr nüancenreiche Situation vor uns. Es ist die Situation eines Landes, das sich im Korsett der vorgeschriebenen Verhaltensnormen nicht recht wohl fühlt und überall dort ausweicht, wo die Normen Lücken aufweisen oder sich dehnen lassen. Nach wie vor ist aber das Korsett so geschnürt, dass es auf keinen Fall weggelegt werden könnte (weshalb es auch angebracht erschien, eingangs auf die grundlegenden, für das Land massgebenden Gegebenheiten hinzuweisen).

Numbauer